NIEDERSCHRIFT JFSKA/001/2009

über die Sitzung **des Jugend-, Familien-, Senioren- und Kulturausschusses der Stadt Billerbeck** am 26.11.2009 im **Sitzungssaal des Rathauses**.

Vorsitzende:

Frau Sarah Bosse-Berger

Ausschussmitglieder:

Herr Bernhard Kortmann
Frau Brigitte Mollenhauer
Frau Margarete Köhler
Herr Hubert Maas

Sachkundige Bürger gem. § 58 Abs. 3 GO NW:

Herr Stefan Holtkamp	
Herr Franz-Josef Schulze Thier	Vertretung für Frau Stephanie Weitkamp
Herr Karl-Heinz Handwerk	
Frau Nicola Ebel	ab Verlauf zu TOP 2. ö. S.

Von der Verwaltung:

Frau Marion Dirks	bis Verlauf zu TOP 2. ö. S.
Frau Inke Marie Heilmann	
Herr Hubertus Messing	
Herr Martin Struffert	
Frau Birgit Freickmann	Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:55 Uhr

Frau Bosse-Berger stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Frau Bosse-Berger verpflichtet dann Herrn Holtkamp, Herrn Schulze Thier und Herrn Handwerk zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Kulturprogramm der Stadt Billerbeck für 2010

Herr Schmiedel, der einen Rückblick auf das Kulturprogramm 2009 und

eine Vorschau auf das Kulturprogramm 2010 geben sollte, ist erkrankt. Seine für diese Sitzung vorbereitete Präsentation ist dieser Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

2. Offene Jugendarbeit in Billerbeck

Herr Struffert und Frau Heilmann berichten über bisherige sowie geplante Angebote in der offenen Jugendarbeit und erläutern die Besucherstrukturen (Anlage 2).
Zudem schildert Herr Struffert die derzeitige personelle Situation. Weiter teilt er mit, dass der Innenhof des Jugendzentrums unter Beteiligung der Jugendlichen verschönert worden sei. Aktuell sei das Jugendzentrum 26 Stunden lang geöffnet. Neu sei die Öffnung für Kinder ab 6 Jahren.

Herr Handwerk fragt nach den aktuellen Besucherzahlen und erkundigt sich, ob nicht wie in den Vorjahren ein Mädchen-Tag stattgefunden habe.

Frau Heilmann teilt mit, dass pro Tag ca. 30 – 45 Besucher das Jugendzentrum aufsuchten. Der Mädchen-Tag sei leider nicht mehr so gut angenommen worden, sie seien aber dabei, ihn wieder aufzubauen.

Herr Handwerk fragt nach, ob evtl. geplant sei, die Besucherzahlen und –strukturen professionell zu erheben anstatt zu schätzen.

Herr Struffert weist darauf hin, dass man die Zahlen professionell und strukturiert werde erfassen müssen, weil die Zahlen auch dem Jugendamt zu übermitteln seien.

Auf Nachfrage von Herrn Holtkamp zur personellen Situation teilt Frau Dirks mit, dass die Mitarbeiter des Jugendzentrums einschl. des Streetworkers, dessen Stelle noch vakant sei, im Team arbeiten. Vorgesetzter sei Herr Struffert. Diese Teamarbeit habe sich bewährt. Leider sei es nicht so einfach, einen geeigneten Bewerber für die Stelle des Streetworkers zu finden. Das Problem dabei seien die Arbeitszeiten am Wochenende und in den Abendstunden.

Frau Mollenhauer begrüßt das neue Angebot für Kinder ab 6 Jahren. Die Besucherzahlen machten deutlich, dass die Angebote des Jugendzentrums gut angenommen würden. Sie frage sich, ob die Angebote auch mit dem vorhandenen Personal zu schaffen seien und ob die vorhandenen Stellen dem Kinder- und Jugendplan entsprechen.

Verwaltungsseitig wird mitgeteilt, dass bei einer vom Jugendamt geförderten Stelle eine Öffnungszeit von 26 Stunden vorgehalten werden müsse. Nach Wiederbesetzung der Stelle des Streetworkers würden die Öffnungszeiten wieder ausgedehnt. Nach dem Kinder- und Jugendförderplan des Kreises Coesfeld sind für Billerbeck maximal 2 Stellen förderfähig.

Herr Kortmann fragt nach, wie der Streetworker bei den Jugendlichen

angekommen sei.

Frau Heilmann teilt mit, dass es zunächst eine Zeit gedauert habe, bis sich die Jugendlichen auf ihn eingelassen hätten. Nachdem Herr Böing seine Stelle gekündigt habe, hätten verschiedene Jugendliche bei ihr nachgefragt, wohin er gegangen sei, ob jemand seine Arbeit fortführe und wer das sein wird. Sie wisse, dass die Jugendlichen ihn nicht als Kontrolle empfunden hätten.

Frau Köhler hält es für unglücklich, dass die Stelle des Streetworkers nicht zügig wieder besetzt werden kann und fragt kritisch nach, warum nicht in der Zeit der Vakanz die Stundenzahl der beiden anderen Kräfte erhöht werde.

Dies könnte eine Möglichkeit sein, wenn sich die Wiederbesetzung auch weiter hinaus zögere, so Herr Messing. Außerdem lasse zu dieser Jahreszeit aufgrund der Witterung die aufsuchende Jugendarbeit nach.

Frau Mollenhauer wirft die Frage auf, ob das Entgelt nicht angehoben werden könne, um die Stelle für Bewerber attraktiver zu machen.

Herr Messing gibt zu bedenken, dass man nicht geltende Tarifverträge außer Kraft setzen dürfe, aber alle Möglichkeiten ausgeschöpft würden.

Frau Ebel regt an, beim Verband sozialtherapeutischer Einrichtungen nach geeigneten Bewerbern zu fragen.

Herr Messing erwidert, dass Herr Werremeier vom Kreis bei der Wiederbesetzung der Stelle eingebunden sei und dieser Verbindungen zu allen möglichen Einrichtungen habe.

Herr Handwerk bittet zu prüfen, ob die Stunden von Frau Heilmann befristet aufgestockt werden können.

Herr Messing weist darauf hin, dass Frau Heilmann noch zusätzlich in der Übermittagbetreuung in der Hauptschule eingesetzt sei.

Im Gespräch mit der Mitarbeiterin sollte geklärt werden, welche Möglichkeiten bestehen, so Herr Handwerk.

Auf Nachfrage von Herrn Holtkamp teilt Frau Heilmann mit, dass die von Herrn Böing aufgesuchten Jugendlichen nicht die gleichen seien, die ins Jugendzentrum kämen. Nach ihrer Erfahrung träfen sich die Jugendlichen auch in der dunklen Jahreszeit draußen, weil sie ansonsten nirgendwo hin könnten und nicht unter Aufsicht stehen wollen. Das werde sich im Winter auch nicht ändern.

Herr Struffert und Herr Messing gehen jedoch davon aus, dass die Anzahl der Jugendlichen, die sich draußen treffen, im Winter abnehmen wird.

Frau Ebel unterstützt den Vorschlag von Herrn Handwerk, den Stundenanteil von Frau Heilmann aufzustocken.

Frau Köhler stellt heraus, dass sich insbesondere hinsichtlich der Besucherzahlen eine erfreuliche Entwicklung im Jugendzentrum ergeben habe. Vor Jahren sei der Ausländeranteil noch sehr groß gewesen, was mit Integration aber nichts zu tun gehabt habe, weil die Ausländer unter sich gewesen seien.

Frau Bosse-Berger regt an, das für Januar 2010 geplante zweite Rock-Konzert mit dem städt. Kulturprogramm zu vernetzen, um eine bessere finanzielle Unterstützung und mehr Besucher zu erzielen.

Herr Messing schlägt vor, hierfür ein Produktkonto in den städt. Haushalt aufzunehmen.

3. Bericht über das Familienferienprogramm 2009

Herr Struffert berichtet über die Veranstaltungen des Familienferienprogrammes 2009. Auf die Anlage 3 zu dieser Niederschrift wird verwiesen. Die Differenz in Höhe von 1.655,31 € zwischen Einnahmen und Ausgaben werde voraussichtlich durch einen Zuschuss der Sparkassenstiftung annähernd ausgeglichen.
Herr Struffert bedankt sich ausdrücklich bei allen beteiligten Vereinen und Verbänden für ihre Mitwirkung.

4. Umsetzung "Stadtwächterkonzept"

Frau Mollenhauer macht deutlich, dass die CDU-Fraktion nach wie vor zu ihrem Antrag zum Aufbau einer Ordnungspartnerschaft stehe. Auch die Teilnehmer des „Runden Tisches“ hätten festgestellt, wie wichtig es sei, Präsenz zu zeigen. Deshalb sollte nach ihrer Meinung ein Stadtwächter eingesetzt werden, der in der Stadt bekannt werden müsse. Dieser könne in Verbindung mit dem Streetworker das Ordnungsamt und die Polizei unterstützen. Zunächst sollte aber, wie von Herrn Althoff in der letzten Sitzung vorgeschlagen, eine Analyse der jetzigen Situation durchgeführt werden.

Herr Handwerk bezieht sich auf das in der Sitzungsvorlage dargestellte Ergebnis des Runden Tisches. Danach seien alle Teilnehmer zu dem Gesamtergebnis gelangt, dass ein sogenanntes „Stadtwächterkonzept“ nicht für erforderlich gehalten wird. Dem könne er sich nur anschließen. Er halte es für wichtig, dass ein Streetworker Kontakt zu den Jugendlichen hält. Eine Kontrolle sei nicht gewollt. Im Übrigen befinde man sich hier doch nicht auf St. Pauli.

Herr Kortmann führt an, dass sich die Polizei tlw. aus Billerbeck zurückgezogen habe. Jemand müsse sich in Kooperation mit einem Verein

kümmern und als Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Prävention schaffe und vermittle Sicherheit. Gut wäre es, einen Schritt mehr zu tun als man müsse.

Herr Schulze Thier stellt heraus, dass man in Billerbeck froh sein könne, dass sich der IBP am Bahnhof engagiere. Die vom IBP betreuten Personen hätten einen eigenen Weg hinter sich und seien geschult worden, um mit den Problemen umgehen zu können. Herr Althoff habe sich bereit erklärt, Personen für den Stadtwächtereinsatz zu schulen. In einem heute mit Herrn Althoff geführten Gespräch habe er von einem Stadt- oder Nachtwanderer gesprochen. Das Angebot des IBP sollte angenommen werden. Um einen Konzeptvorschlag erarbeiten zu können, müsse zunächst eine Analyse erstellt werden. Man sollte nicht bange sein, dafür im Vorfeld Geld auszugeben. Im Übrigen erinnere er daran, dass auch der Einsatz des Streetworkers zu Anfang kritisch gesehen wurde.

Frau Ebel entgegnet, dass der „Runde Tisch“ doch bereits eine Analyse erstellt habe. Im Übrigen betreue der IBP ein problematisches Klientel, wie z. B. Ex-Junkies, die tlw. bitterste Erfahrungen mit der Polizei gemacht hätten. Sie könne nicht verstehen, dass die CDU-Fraktion unbedingt ihren Antrag durchbringen wolle, zumal hierfür überhaupt kein Geld zur Verfügung stehe. Wenn man Geld ausgebe, dann doch besser, um einen Chillout-Platz zu schaffen.

Ihr sei überhaupt nicht klar, was die CDU-Fraktion wolle, so Frau Köhler; ob es z. B. um den Kontakt zu den Bürgern oder zu den Jugendlichen gehe. Für die Jugendlichen sei der Streetworker zuständig. Der IBP betreue ein problematisches Klientel. Dieses habe selber keine pädagogischen Erfahrungen und könne diese auch nicht vermitteln. Der von der Verwaltung an bestimmten Tagen eingesetzte professionelle Sicherheitsdienst trage dagegen durchaus Früchte.

Frau Mollenhauer hält dem entgegen, dass man einen Streetworker nicht mit einem Stadtwächter oder –kümmerer vergleichen dürfe. Der Streetworker sei für die aufsuchende Jugendarbeit da, der Stadtwächter solle durch seine Präsenz zeigen, dass er sich kümmere. Sie appelliert an die Ausschussmitglieder einen – evtl. befristeten – Versuch zu starten. In vielen Kommunen, u. a. auch in Steinfurt, werde ein Stadtwächter eingesetzt, Steinfurt habe damit gute Erfahrungen gemacht.

Herr Maas unterstreicht ebenfalls, dass man zwischen einem Streetworker und einem Stadtwächter unterscheiden müsse. Ein Streetworker solle Jugendliche betreuen. Es gehe aber darum, Präsenz in der Stadt zu zeigen und das könnten durchaus die vom IBP betreuten Personen leisten. Hierfür müssten sie auch nicht unbedingt besonders ausgebildet sein.

Herr Holtkamp weist ergänzend darauf hin, dass es nicht ausschließlich um Jugendliche gehe. Ein Stadtwächter sei für den Querschnitt aller Bürger zuständig. Es komme immer wieder zu Sachbeschädigungen im Stadtgebiet, dagegen müsse man sich zur Wehr setzen. Auch gehe es zum jetzigen Zeitpunkt nicht darum, ob die Personen vom IBP qualifiziert

sind, sondern darum, ein Konzept zu entwickeln. Wer letztlich die Arbeit verrichte, stehe noch gar nicht fest. Herr Althoff habe angeboten, über ein Konzept zu diskutieren, wobei die Begrifflichkeiten, wie Stadtkümmerer oder Stadtwächter ebenfalls überhaupt noch nicht feststünden.

Herr Kortmann merkt an, dass sich Geschäftsleute jemanden wünschten, der nach dem Rechten schaue. Präsenz schaffe und vermittle Sicherheit.

Wenn man etwas erreichen wolle, müsse man Geld in die Hand nehmen, so Herr Maas. Im süddeutschen Raum gebe es aber auch Nachwächter, die tlw. ehrenamtlich tätig seien. Zuerst müsse ein Konzept erstellt werden, danach werde das Aufgabenfeld festgelegt. Präsente Personen bewirkten etwas.

Herr Handwerk wirft Herrn Kortmann Klientel-Politik vor. In der letzten Sitzung habe man eine bestimmte Gruppe junger Menschen im Focus gehabt, nicht aber, dass jemand betrunken Zerstörungen vornimmt. Er verweist auf den „Runden Tisch“, deren Mitglieder mehrfach festgestellt hätten, dass ein Streetworker benötigt werde.

Frau Ebel unterstreicht, dass man doch bereits etwas tue. An kritischen Tagen, wie z. B. Halloween werde ein professioneller Sicherheitsdienst eingesetzt, außerdem sei die Stelle des Streetworkers ausgeschrieben und werde wieder besetzt. Sie fragt kritisch nach, warum man seitens der CDU-Fraktion nicht den Experten des „Runden Tisches“ glaube und warum noch zusätzliche Analysen erstellt werden müssten.

Für sie sei jede Straftat, die verhindert werden könne, wichtig, so Frau Mollenhauer. Das habe mit der Arbeit eines Streetworkers nichts zu tun.

Herr Maas wiederholt, dass es darum gehe, Präsenz zu zeigen, damit die Bürger ein Sicherheitsgefühl haben. Halloween sei eine Ausnahmesituation.

Herr Kortmann stellt den Antrag auf Abstimmung, der IBP sollte mit der Erstellung einer Analyse beauftragt werden.

Herr Handwerk weist darauf hin, dass zuerst über den Verwaltungsvorschlag abgestimmt werden müsse.

Herr Schulze Thier macht noch einmal deutlich, dass die CDU-Fraktion einen Streetworker wolle, der das Vertrauen der Jugendlichen gewinnen solle. Daneben wollten sie jemanden, der nachts präsent sei und selbst eine gewisse Autorität habe und nicht darum bemüht sein müsse, mit den Jugendlichen auf einer Ebene zu kommunizieren und ihr Vertrauen zu gewinnen. Wenn in Billerbeck Festlichkeiten stattfinden, werde ein Ordnungsdienst benötigt. Fänden keine Festlichkeiten statt, sollte nachts jemand präsent sein. Das müsse bzw. könne nicht durch einen Ordnungsdienst oder einen Streetworker sichergestellt werden.
Er wiederholt den Antrag des Herrn Kortmann, den IBP mit der Analyse des sozialen Umfeldes zu beauftragen, mit dem Ziel einen Stadtwanderer

zu installieren.

Frau Köhler stellt dagegen den Antrag, zunächst über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen zu lassen.

Herr Messing stellt fest, dass der Antrag des Herrn Schulze Thier der weitergehende ist.

Vor der Abstimmung verpflichtet Frau Bosse-Berger die später hinzu gekommene Frau Ebel zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

Frau Bosse-Berger lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen:

Die Verwaltung folgt dem Vorschlag des „Runden Tisches“, die erfolgreich durchgeführten Maßnahmen weiter zu intensivieren und zurzeit kein „Stadtwächterkonzept“ weiter zu verfolgen.

Stimmabgabe: 4 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen

Damit ist der Beschlussvorschlag der Verwaltung **abgelehnt**.

Frau Bosse-Berger stellt dann den Antrag der CDU-Fraktion zur Abstimmung:

Beschluss:
Der IBP wird beauftragt, auf der Grundlage einer Analyse des sozialen Umfeldes einen Konzeptvorschlag für den Einsatz eines Stadtwächters zu erstellen

Stimmabgabe: 5 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen

5. Mitteilungen

Keine

6. Anfragen

6.1. Zuschuss für Ärzte - Herr Kortmann

Herr Kortmann führt an, dass es wohl ein Programm geben soll, wonach es Zuschüsse in Höhe von jeweils 50.000,-- € für Mediziner geben soll, die sich als Arzt niederlassen und fragt nach, ob dies der Verwaltung bekannt sei und sie hierauf Einfluss nehmen könne.
Herr Maas stellt richtig, dass das Land Allgemeinmedizinern (keinen Fachärzten) eine Prämie zahle, wenn sie sich als Hausarzt langfristig auf

dem Land niederlassen. Dieses sei auch der Bürgermeisterin bekannt. In einem Fall sei mit einem Arzt gesprochen worden. Der Arzt müsse die Prämie aber selber beantragen.

6.2. Angebote der Musikschulen in Billerbeck - Frau Ebel

Frau Ebel bittet die Verwaltung um eine Auflistung der von den verschiedenen Musikschulen in Billerbeck angebotenen Kurse.

Herr Messing sagt zu, in der nächsten Sitzung eine Zusammenstellung vorzulegen.

Sarah Bosse-Berger	Birgit Freickmann
Ausschussvorsitzende	Schriftführerin